

A photograph of two men in an office setting. The man on the left is younger, with a beard and glasses, wearing a dark green shirt. The man on the right is older, with a white beard and glasses, wearing a white shirt. They are both looking at a smartphone held by the younger man. In the background, there are laptops on a wooden desk, a printer, and another person working at a computer.

F.A.Z.-Research Research-Report

Die Familienunternehmer e.V. (ASU) und Die Jungen Unternehmer (BJU) – eine historische Betrachtung

Autoren: Ines Klier, Hans Peter Trötscher

Frankfurter Allgemeine
ARCHIV

Einleitung

In einem Leserbrief des damaligen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) Dr. Carl Adolf Schlußner, den die F.A.Z. im Juni 1955 veröffentlichte (1), traf der Autor eine sehr deutliche Definition des Unternehmers. Er grenzte diesen klar vom „Unternehmensleiter“ oder „Manager“ ab. Schlußner wies in der Folge nicht etwa auf die im Besitzverhältnis begründeten Unterschiede, sondern vor allem auf die Frage der Haftung hin. Er gab durchaus zu, dass viele Unternehmensleiter einen fachlichen Kenntnisvorsprung vor den Unternehmern hätten, betonte aber besonders, dass ein gewaltiger Unterschied darin bestehe, ob man mit seinem eigenen Geld oder dem Geld anderer ins Risiko gehe.

In dieser Frühzeit der Bundesrepublik sowie der Sozialen Marktwirtschaft konnte Schlußner im selben F.A.Z.-Beitrag auch auf ein erstes Verdienst des 1949 gegründeten Verbandes hinweisen: Nicht zuletzt dem Einsatz der ASU sei es zu verdanken, dass die junge Bundesrepublik ein vernünftiges Kartellgesetz erhalten und sich dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft verschrieben hätten.

In deutlichen Worten grenzte Schlußner im Leserbrief von 1955 auch die besitzergeführten Unternehmen gegen die managergeführten Großunternehmen ab und betonte die Bedeutung der Tatsache, dass selbständige Unternehmer zwar Individualisten aus Neigung seien, welche dennoch verdienten, in wichtigen wirtschaftlichen und politischen Fragen gehört zu werden.

In der Anfangsphase der Bundesrepublik war die Akzeptanz der Marktwirtschaft sehr hoch, war mit ihr doch das Versprechen verbunden, dass es nach Kriegs- und Nachkriegselend endlich der breiten Bevölkerung besser gehen würde. Im Laufe der Zeit und etlicher Debatten um zunehmende soziale Ungleichheit sowie nicht zuletzt unverhohlenen geäußerten Enteignungsphantasien, wurde und wird dieses System von einschlägiger Seite infrage gestellt. Dennoch schrecken die meisten Unternehmer davor zurück, sich parteipolitisch zu engagieren (2). Dies ist nicht nur darin begründet, dass vielfach schlicht die Zeit für parteipolitischen Einsatz fehlt, sondern auch in der Furcht davor, man könne unterstellen, dass einzig Vorteile für das eigene Unternehmen hinter einem solchen Engagement vermutet werden könnten.

Das zum 40. Geburtstag der ASU formulierte Generalthema „Mehr Markt!“ kann als Taufspruch und Lebensmotto bis heute verstanden werden. Um dieses gegen marktfeindliche Bestrebungen durchzusetzen und vor allem entsprechende gesellschaftliche Interessen zu formulieren, ist ein gut geführter Verband unabdingbar (3).

1. Familienunternehmer in Deutschland – aktuell

a. In vielem besser als börsennotierte Großkonzerne

Familienunternehmen spielen in Deutschland eine weitaus bedeutendere Rolle als in vielen anderen Ländern (4). Einerseits ist zwar der Weg in den Kapitalmarkt in Deutschland bedeutend schwieriger, andererseits sind die Familienunternehmen hier häufig mit großen Markennamen verbunden und blicken auf eine traditionsreiche Geschichte zurück. Beständigkeit ist ein spürbarer Wert. Nicht zuletzt die Tatsache, dass mittelgroße Familienunternehmen besonders im verarbeitenden Gewerbe, das in Deutschland beispielsweise doppelt so stark ist wie in den USA, eine wichtige Rolle spielen, trägt zur Bedeutung von Familienunternehmen in Deutschland außerordentlich bei.

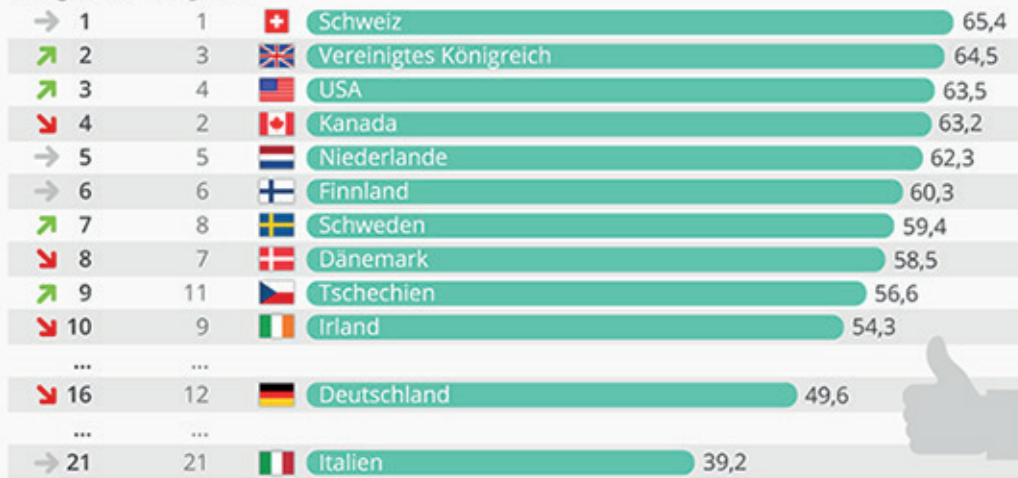
Was die Geldanlage angeht, sind Familienunternehmen gefragt, geht ihnen doch der Ruf voraus, besonders „ertragstark und sicherheitsbewusst“ zu sein sowie sich „besser als der Markt“ zu entwickeln. Den Ruf der Krisenfestigkeit haben sich die Familienbetriebe über Jahrzehnte erarbeitet: Familienunternehmen machen reich, das weiß auch der IWF (5). Ein Grund dafür mag sein, dass Familienbetrieb zwar nicht unbedingt bekannt dafür sind, besonders disruptiv Innovationen zu betreiben, dafür aber mit bedeutend weniger Risiko, beharrlich auch auf evolutionärem Wege, Produktverbesserungen und Neuentwicklungen auf den Markt zu bringen (6).

Die Kongruenz der Interessen derer, die im Unternehmen das Sagen haben, ist eher gegeben, als in Aktiengesellschaften, in denen die Eigentümer (Aktionäre) häufig andere Interessen verfolgen, als das Management. Persönliches Fortkommen, Boni und Gehaltswünsche sind den Unternehmensinteressen häufig diametral entgegengesetzt. Das ist in familiengeführten Unternehmen zumeist kein Thema. Auch Arbeitnehmer profitieren häufig

Attraktive Standorte für Familienunternehmen

Rangliste des Länderindex Familienunternehmen des ZEW nach Indexpunkten*

Rang 2018 Rang 2016



* Index setzt sich zusammen aus den Dimensionen Steuern, Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital, Regulierung, Finanzierung, Infrastruktur und Institutionen, Energie. Alle Variablen wurden auf den Wertebereich 0 bis 100 normiert.



@Statista.com

Quelle: Stiftung Familienunternehmen

statista

von diesem Umstand. Auch der Gedanke, dass das Unternehmen für kommende Generationen erhalten werden muss, kann man dabei nicht genug betonen. Der Anteil der Familienunternehmen an den größten Unternehmen liegt in Europa bei rund einem Viertel. Betrachtet man alle Unternehmen, steigt dieser Anteil auf 70 bis 80 Prozent (7).

b. Das Risiko des Übergangs

Bei rund 150.000 familieneigenen Betrieben stellt sich in den kommenden drei Jahren die Übergangsfrage. Rund die Hälfte von diesen bleibt weiterhin in Familienhand, ein kleiner Anteil wird von Mitarbeitern übernommen, aber rund 30 Prozent müssen an Externe verkauft werden. Die Tatsache, dass rund 2,4 Millionen Arbeitnehmer von den Folgen dieser Wechsel betroffen sein werden, verdeutlicht die Dimension des Problems. Es wird potenziert durch die immer weiter abnehmende Risikobereitschaft von in Frage kommende Übernehmer.

Diese hat sich laut DIHK in den vergangenen zehn Jahren halbiert (8). Wie in so vielen gesellschaftlichen Bereichen ist auch hier die Alterung der Gesellschaft der Hauptgrund für die problematischen Übergänge. Ein offenes, zukunftsorientiertes Nachfolgemangement wird immer bedeutender (9).

Auch die wachsende Zahl an übergangsbedingten Gesellschaftern, häufig aus familiären Seitenlinien, macht oftmals die Dinge komplizierter. Konflikte bleiben in den meisten Fällen zwar „in der Familie“ und sind für Außenstehende nicht sichtbar. Ihre negativen Auswirkungen sind jedoch durchaus bemerkbar: Entscheidungen werden verzögert, faule Kompromisse geschlossen, Anteile verkauft (10)

c. In vielen Branchen stark

Familienkontrollierte Unternehmen gibt es in allen Branchen. In manchen sind sie allerdings besonders stark. Nach einer Erhebung des Mannheimer Instituts für Mittelstandsforschung hingen 2016 1,11 Billionen Euro Umsatz und mehr als 5 Millionen Jobs von Familienunternehmen ab. Von den 2,9 Millionen Familienunternehmen werden 2,8 Millionen auch familiär geführt (11). Ein gewaltiger Wirtschaftsfaktor, an dessen Beeinflussung viele Kräfte ein starkes Interesse haben.

Spiegelt man die Situation der Familienunternehmen in die andere Richtung, stellt sich Deutschland nicht als übermäßig guter Standort für Familienunternehmen dar. Berücksichtigt man das Paket aus Steuern, Arbeitskosten, Regulierung, Energiepreisen und anderen Faktoren, spielt Deutschland allenfalls im Mittelfeld, was die Attraktivität für Familienunternehmen angeht..

Es gibt also eine Menge Themen für einen Interessenverband, die zur Verbesserung dieser Situation beitragen können.

Selbständigkeit lässt sich schwer organisieren, und Unternehmer sind an sich Individualisten.
Dr. Carl Adolf Schleußner 1955

2. Übersicht: Inhaltliche Schwerpunkte im zeitgeschichtlichen Kontext – Die Familienunternehmer e.V. (ASU) und Die Jungen Unternehmer (BJU)

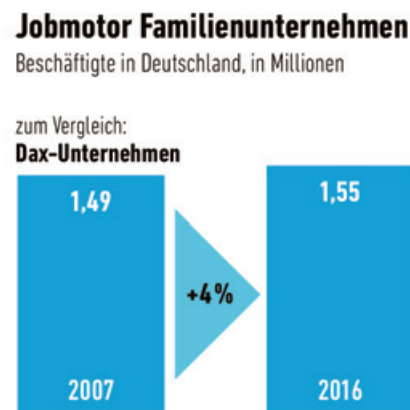
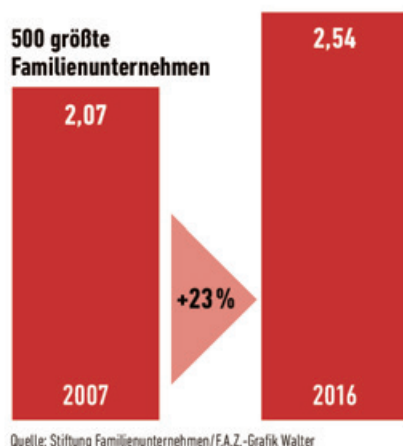
In Wiesbaden gründeten am 30.09.1949 achtzig Familienunternehmer, darunter bekannte Namen wie Bahlsen Süßwaren, Boehringer Ingelheim oder Henkell Sektkellerei, die Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer (ASU) (12). Die Initiative hierfür ging von Dr. Carl Adolf Schleußner aus, der bis 1951 den ersten Vorsitz der ASU innehielt (13). 2007 erfolgte die Umbenennung des traditionsreichen Verbands in „Die Familienunternehmer e.V.“ (14). Die Mitgliederzahlen der ASU stiegen im Laufe der Zeit kontinuierlich bis zum Ende der Neunziger Jahre auf rund 8000 an (15). Seit Beginn des 21. Jahrhunderts gehen diese zurück, sodass die Zahl nach eigenen Angaben des Verbandes im Jahre 2017 bei rund 6000 Personen lag (16).

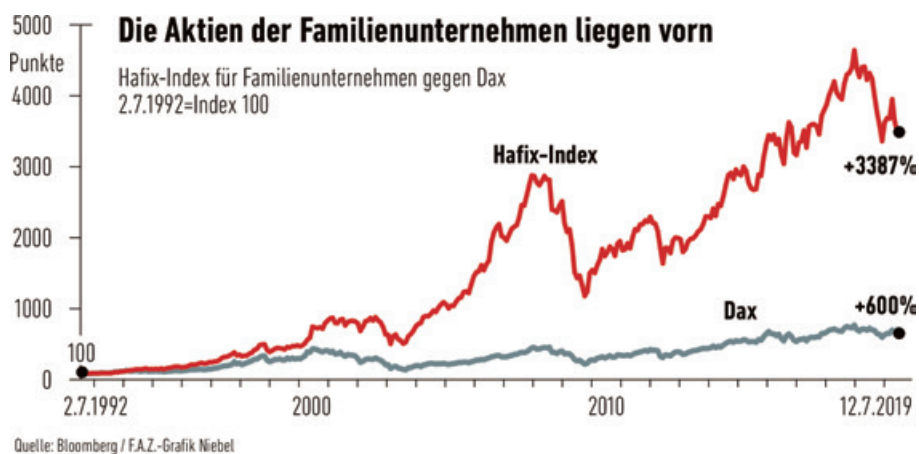
Anfang der Fünfziger Jahre etablierte sich aus der ASU heraus der eigenständig agierende Ver-

bandsteil der jüngeren Unternehmer, der Bundesverband Junger Unternehmer (BJU). Den Höchststand an Mitgliedern hatte der BJU bereits in den Siebziger Jahren mit über 3100 Jungunternehmern, gefolgt von zwei Jahrzehnten mit konstant rund 3000 Mitgliedern (17). Wie auch bei der ASU läutete der Beginn des 21. Jahrhunderts einen Rückgang auf rund 1500 Personen im Jahre 2012 ein (18). Während zunächst beim BJU eine Altersgrenze für Mitglieder bis 45 Jahren galt, änderte sich dies 1980. Die Altershöchstgrenze für eine Mitgliedschaft wurde auf 40 Jahre gesenkt (19). 1992 betrug das Durchschnittsalter innerhalb des BJUs 36 Jahre (20). Wie auch bei der Partnerorganisation fand beim BJU eine Umbenennung statt. Seit 2007 führt der Bundesverband den Namen „Die Jungen Unternehmer“ (21).

Während ihres nunmehr siebzigjährigen Bestehens waren sowohl Die Familienunternehmer e.V. (ASU) als auch die Jungen Unternehmer (BJU) einer Vielzahl von strukturellen Veränderungen unterworfen. Anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums 1999 bezeichnete Jürgen Jeske rückblickend die Gründer des Verbands als „junge Wilde“, die sich bewusst nicht nur gegen staatlichen Dirigismus, sondern auch gegen die „Großindustrie“ (22), Jeske bezeichnet diese auch als „Kartell-Anhänger und Planwirtschaftler im Unternehmerlager“ einsetzten. Vor allem in der ASU sah Jeske den Anwalt der „reinen Lehre“ der Sozialen Marktwirtschaft. Die Mitgliedschaft kam demnach einem ordnungspolitischen Bekenntnis gleich.

Trotz dieser an Eindeutigkeit kaum überbietbaren „Präambel“ waren die Themensetzungen von ASU und BJU natürlich auch stets dem Zeitgeist unterworfen. Stand in der Frühzeit der Verbände noch die Etablierung der ordoliberalen Wirtschaftsver-





fassung im Vordergrund, gerieten ASU und BJU bereits in den Sechziger Jahren mit der gesamten Wirtschaft in eine schwere Krise, die eben diese Verfassung in Frage stellte und damit auch Ihre Verfechter.

Die Verbände kamen in die Defensive, was sich in den Siebziger Jahren vor allem in den Debatten um die Arbeitnehmermitbestimmung nachverfolgen lässt. Erst nachdem Helmut Kohl Bundeskanzler wurde, konnte das Pendel wieder in die andere Richtung bewegt werden, wie vor allem die Debatten um die Arbeitszeitverkürzung gezeigt haben.

Nach dem Fall der Mauer 1989 bewiesen BJU und ASU eindrucksvoll, was private Initiative zu leisten vermochte, als sie, lange vor allen staatlichen Stellen, Kontakte in die DDR knüpften und durch rege Beratungs- und Vermittlungstätigkeit die Idee der Sozialen Marktwirtschaft verbreiteten.

Der Kampf gegen unternehmerfeindliche Steuergesetze und Regulierungen gehört bis heute selbstverständlich ebenso zum klassischen Verbandsrepertoire, wie die Kritik an überbordenden Staatsschulden, am Mindestlohn und an fehlgeleiteter Subventionspolitik.

3. Der Blick ins Detail: Themensetzung seit den 1950er Jahren

a. Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik

Als in den Achtziger Jahren die Arbeitslosenzahlen in der Bundesrepublik in bis dahin nicht gekannte Höhen von bis zu 9,3 Prozent stiegen, reagierte die ASU mit einem Angriff auf das Tarifsystem, das in ihren Augen marktfeindlich ausgerichtet und aus-

schließlich von den Interessen der Gewerkschaften und Großkonzerne bestimmt worden sei. Die ASU setzte sich als Ziel, dieses von ihr so bezeichnete „Tarifkartell“ aufzubrechen und die Löhne und Gehälter wieder marktgerecht zu gestalten (23).

Darunter fielen in erster Linie eine wesentlich differenziertere Gestaltung von Tarifabschlüssen, die verstärkte Einbringung individueller „Gestaltungsklauseln“ in Tarifverträge und der Abbau zahlreicher Schutzgesetze (Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung, Sozialpläne). Neben diesen Vorstößen wurde auch immer wieder die Reduzierung von Lohnzusatzkosten, also im Prinzip die partielle Individualisierung bestimmter Lebensrisiken (Gesundheit, Erwerbslosigkeit) gefordert. Die Parallelen zum Parteiprogramm der FDP waren unübersehbar.

1991 kritisierte der ASU-Vorsitzende Volker Geers die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung in besonders drastischer Weise. Er bezeichnete (mit Hinblick auf Ostdeutschland) jegliche staatliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt, sei es die Zahlung von Kurzarbeitergeld, eine aktive Beschäftigungspolitik, Erhaltungssubventionen, ja sogar jede Form von Strukturplanung als kontraproduktiv und eigentliche Problemursachen. Letztendlich bereits vernichtete Arbeitsplätze würden so fiktiv am Leben erhalten bleiben und so Statistiken in vielen Bereichen künstlich aufbessern. Dieser Form der Realitätsverschleierung sei ausschließlich mit einer entschiedeneren Marktorientierung beizukommen (24).

Moderate Lohnabschlüsse wurden auch zehn Jahre später noch als Maßnahme zur Standort-sicherung gesehen und die nach wie vor zu hohe Arbeitslosenzahl relativ monothematisch auf zu hohe Tarife zurückgeführt. 1995 rief der damalige ASU-Vorsitzende Thomas Bentz die Gewerkschaft-

ten auf, vor allem bei weniger qualifizierten Arbeitnehmern einem deutlich niedrigeren Einstiegstarifen zuzustimmen (25).

Zwangsläufig war diese Forderung mit einer andern verbunden: Auch die Transferleistungen durch Arbeitslosen- und Sozialhilfe sollten reduziert werden, um Anreize zu schaffen, schlechter bezahlte Arbeitsplätze anzunehmen.

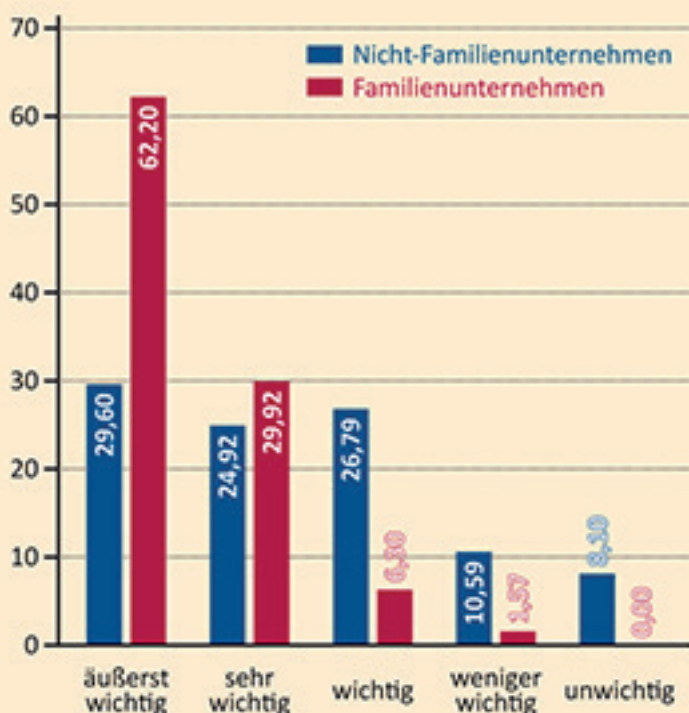
In der auch später anzutreffenden Argumentation, dass Tarifgestaltung einzig individuell und letztlich der freien Preisbildung unterworfen sei, fällt freilich die ASU auf klassische Mittelstandspolitik zurück. Fehlende Rücksicht auf individuelle Gegebenheiten der Betriebe und die unzulässige Öffnung der Tarifverträge für Abweichungen auf Betriebsebene seinen Garanten für die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Schließlich seien verbindliche Schlichtungsregeln mit Gesetzescharakter das Gebot der Stunde, wenn es um Tarifkonflikte gehe. Dies stellte einen bemerkenswert etatistischen Vorstoß in einer ansonsten rein libertär geprägten Argumentation dar (26).

b. Steuerpolitik

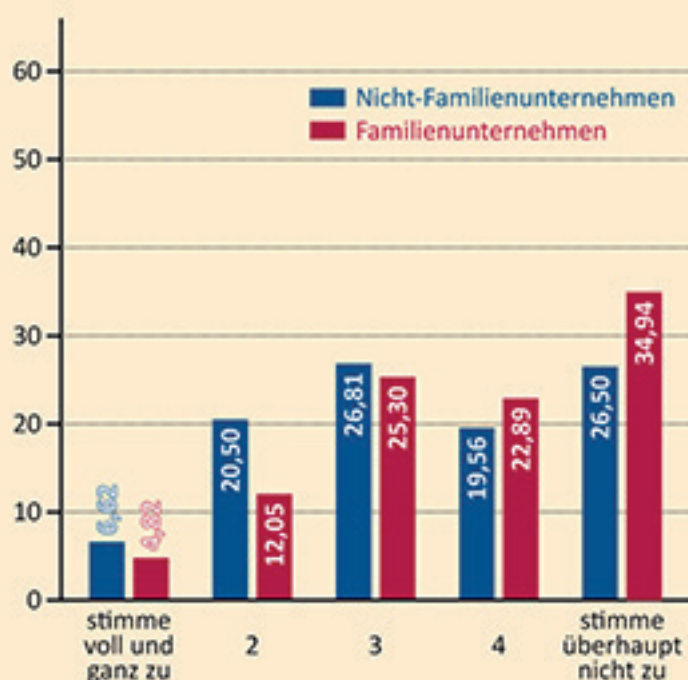
Niedrige Steuersätze sind zwar prinzipiell unternehmerfreundlich. Aber schon in sehr frühen finanzpolitischen Forderungen der ASU wurde darin ein weiterer eklatanter Gegensatz von Familienbetrieben und Kapitalgesellschaften deutlich: Durch die steuerliche Begünstigung von Dividenden erlitten die Unternehmer beim Spitzensteuersatz einen erheblichen Nachteil (27). Niedrige Steuern hätten außerdem den Vorteil, dass die öffentliche Hand gezwungen sei, effizienter zu arbeiten. Schon bei der früheren Gestaltung der Steuergesetzgebung hatten die selbständigen Unternehmer gerne das Beispiel der US-Fiskalgesetzgebung herangezogen, das leistungsgerechter und leichter nachzuvollziehen sei als das deutsche System (28). So sollten möglichst alle Betriebe gleichgestellt und nicht entnommene Gewinne sowie Entnahmen unterschiedlich besteuert werden, um im gerade neu entstandenen Kapitalmarkt Anreize zu setzen. Die ASU schaltete sich in den Fünfziger Jahren gerne in die Finanzpolitik ein. Als sie im November 1954 wegen der Unzufriedenheit mit der Steuerreform öffentlich den Rücktritt des Bundesfinanzministers Fritz Schäffer forderte, wurde heftige Kritik

Deutliche Unterschiede beim Unternehmensziel Unabhängigkeit



Familienunternehmern ist die Unabhängigkeit der Firma mehr als doppelt so häufig wie Unternehmenslenkern von Konzernen im Streubesitz ein großes Anliegen (Angaben in Prozent).

Relative Übereinstimmung in der Ablehnung einer potentiellen Vermögensteuer



Einer eventuellen Wiedereinführung der Vermögensteuer stehen sowohl Familien- wie Nicht-Familienunternehmer überwiegend kritisch gegenüber.

am Verband laut. Nicht nur die Politik meinte, dass die ASU hier weit über das Ziel hinausgeschossen sei. Auch die F.A.Z. kritisierte die ASU in einem Leitartikel ausgesprochen scharf (29).

Nach den heftigen Auseinandersetzungen der Fünfziger Jahre muten spätere Stellungnahmen der ASU zu finanzpolitischen Fragen eher wie ein leichtes Geplänkel an, das sich häufig auf die Forderung nach genereller Senkung der Abgaben, der Vereinfachung der Gesetzgebung und einer niedrigeren Bewertung von risikobehafteten Wertpapieren beschränkt, gerne verbunden mit der Forderung nach „mehr netto für alle“ (30). Auch Patrick Adenauer, Vorsitzender der ASU, sah 2007 mögliche „sinkende Unternehmenssteuern über niedrigere Preise“ als finanziellen Gewinn für jeden Endverbraucher.

c. Privatisierung

Wenngleich die Zurückhaltung der öffentlichen Hand bei wirtschaftlicher Betätigung schon in den fünfziger Jahren ein Thema war, so erreichte doch die Forderung nach einer möglichst umfassenden Privatisierung von Staatsunternehmen und staatlichen Beteiligungen ihren Höhepunkt in den Achtziger Jahren. Vorbild, vor allem für die Mitglieder der BJU war dabei die Politik Margaret Thatchers in Großbritannien (32).

In einem sehr konkreten „Privatisierungsfahrplan“ gab die ASU der Bundesregierung drei Jahre Zeit, um sich von 28 Unternehmen zu trennen. Interessanterweise begründete der damalige Vorsitzende der ASU, Martin Leicht, den Vorstoß damit, dass fast alle Bundesbeteiligungen gegen § 65 der Bundeshaushaltsordnung verstießen, der solches nur bei wichtigem staatlichem Interesse erlaube (33). Zudem sei es unstatthaft, wenn der Staat privaten Unternehmen Konkurrenz mache. Im Januar 1986 legte die ASU nach: Im Zuge einer Aufweichung des staatlichen Fernsehmonopols durch den noch jungen Privatfunk solle auch das ZDF privatisiert werden, da ja keine staatliche Alternative zur ARD mehr notwendig sei (34).

Am Beispiel der Post (35) wird deutlich, wie berechtigt manche Forderung war. Erst die von der ASU lange geforderte Aufspaltung und Privatisierung der Post sowie die Öffnung des Marktes brachte in den neunziger Jahren die dringend erforderliche Bewegung in den Telekommunikationsmarkt. Auch forderte die ASU Anfang des 21. Jahrhunderts die Privatisierung des deutschen Autobahnnetzes, um längst überfällige verkehrspolitische Maßnahmen schneller umsetzen zu können. Ein Anliegen, dessen vor allem politische

Aktualität bis in die Gegenwart reicht (36).

d. Sozialreformen

Schon die aus heutiger Sicht eher schwach ausgeprägt anmutenden sozialstaatlichen Tendenzen der frühen Fünfziger Jahre waren den selbständigen Unternehmern ein Dorn im Auge. Sozialpolitik wurde dabei gerne auf ihren volkswirtschaftlichen Kern heruntergebrochen und gesellschaftspolitische Ansätze negiert (37). Radikale Konzepte, etwa für eine Vereinheitlichung und teilweise Privatisierung der Rentenversorgung, sogar regelrechte Gesetzentwürfe wurden beinahe im Monatsstakt veröffentlicht (38).

Das Thema Eigenvorsorge blieb BJU und ASU mit wechselndem Erfolg ein Anliegen bis heute. Die hohen Lohnnebenkosten in Deutschland stellen aus Unternehmersicht bis in die Gegenwart hinein ein immenses Investitions- und Beschäftigungshemmnis dar. Die negativen demografischen Faktoren, die in näherer Zukunft wirksam werden, bestätigen diese Sicht. Diese werden zudem durch die Einführung des RV-Leistungsverbesserungsgesetz von 2014 verstärkt.

Der Verlust von Erfahrungswissen durch die früher in Rente gehenden Mitarbeiter könne nicht ausreichend durch nachrückende Facharbeiter kompensiert werden (39). ASU Präsident Thomas Bentz brachte es schon 1997 auf den Punkt: „Das bestehende System ist nicht mehr finanzierbar“ (40).

e. Umweltschutz

Relativ früh erachtete die ASU Umweltthemen auch für das unternehmerische Handeln als essentiell und trägt dem seit 1988 mit der Verleihung des ASU-Umweltpreises Rechnung. Der ASU-Vorsitzende Klaus-Jürgen Schlotte formulierte als Ziel die Auflösung des Widerspruchs von Umwelt und Umsatz (41).

Schon vor 30 Jahren erkannten die Schöpfer des Preises die Tragweite umweltpolitischer Maßnahmen für den unternehmerischen Erfolg, denn „dieses Wirtschaftssystem wird nicht zuletzt daran gemessen werden, wie es die Probleme des Umweltschutzes zu lösen vermag (42)“. Im Hinblick auf die aktuelle Klimadiskussion ist das ein Satz von bedeutender Tragweite, dem ASU und BJU auch mit konkreten Maßnahmen, wie der Entwicklung von Informationsmaterial für Betriebe und Kooperationen mit Naturschutzverbänden gerecht werden (43).

f. Bildung, Jugendförderung, Digitalisierung

Seit 1980 bringt der BJU mit den „Schülern im Chefsessel“ Jugendlichen den Alltag eines Unternehmers nahe. Diese Aktion dient nicht nur der Imagepflege des Verbandes, sondern indirekt auch dem Unternehmertum, sofern eine gewisse Affinität auf Schülerseite vorhanden ist (44). Ein mit dem Erleben des Chef-Alltags verbundener Aufsatzwettbewerb vermag durchaus Erkenntnisse zum Bild des Unternehmers in der Jugend zu vermitteln (45). Zudem ist die Aktion, wenn sie bei entsprechenden Unternehmen durchgeführt wird, auch als erfolversprechender Beitrag zur Verbreitung einer Gründerkultur zu verstehen (46). Kernthema der „Die Jungen Unternehmer“ ist die Generationengerechtigkeit.

Hier stehen vor allem eine zu hohe Staatsverschuldung und ein ausufernder Sozialstaat als Hypothek für die jungen Generationen in der Kritik (47). Im Zusammenhang mit Jugendarbeit und Zukunftsorientierung sind zudem die Initiativen des BJUs hinsichtlich der Digitalisierung zu sehen. Das Forderungspaket an die Politik beschränkt sich dabei nicht nur auf den vielfach zu vernehmenden Wunsch nach einem flächendeckenden Glasfasernetz und einem Ausbau des Schulfachs Informatik. Um digitalen Geschäftsmodellen zu mehr Dynamik zu verhelfen, bauen „Die Jungen Unternehmer“ auf eine Befreiung digitaler Start-Ups von Berichtspflichten und eine Aussetzung der Vorfälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen (48).

4. Die ASU und Ostdeutschland: Wiedervereinigung 1953, Mauerbau 1961 und Wende 1989

Im Jahr 1952 befasste sich die F.A.Z. eingehend mit einer „beachtenswerten“ Initiative der ASU, die sich mit den möglichen Folgen und Erfordernissen einer Wiedervereinigung von Bundesrepublik und DDR beschäftigte. Mutmaßlich erfolgte diese Initiative aufgrund der im März 1952 veröffentlichten „Stalin-Noten“ in denen die Sowjetregierung diese Möglichkeit auf der Basis einer Neutralisierung Deutschlands angeboten hatte (49).

Hintergrund der damals gemachten und erstaunlich konkreten Vorschläge war selbstverständlich die, zu verhindern, dass sich in einem wiedervereinigten Deutschland planwirtschaftliche Struktu-

ren etablieren können. Eine mögliche Wiedervereinigung stand zwar (nach Adenauers Bekenntnis zur Westintegration aber als reine Hypothese) noch im Raum, aber 1953 waren die Ambitionen des ASU einem realistischeren Anspruch gewichen: Der Osthandel sollte intensiviert werden (50). Dass Deutschland einmal wieder vereinigt werden würde, war für den Verband 1953 immer noch eine Selbstverständlichkeit. Die Initiative selbst fand indes keine Beachtung in der Politik, die noch auf strikte Abgrenzung zum Ostblock bedacht war. Noch bis zum Ende der Fünfziger Jahre sah man in den Bürgern der DDR „Kunden von morgen“ und führte z.B. in Ost-Berlin Veranstaltungen durch (51). 1961 wurde indes auch die ASU eines Besseren belehrt: Nach dem Bau der Mauer konstatierte der Verband schlicht: „Geschäftliche Beziehungen mit den Rechtsbrechern im Osten seien jetzt nicht mehr zu verantworten“ (52).

Als die Mauer schließlich fiel, schlug die Stunde der ASU: Mit der bereits 1990 gegründeten DDR-Kooperationsbörse bewies sie, wie schnell und effizient unternehmerisches Handeln sein kann. Der Faden aus dem Jahr 1952 wurde wieder aufgegriffen und ein bedeutender Beitrag zur Etablierung der Marktwirtschaft in Ostdeutschland geleistet. Mehr als 250 Mitglieder der ASU leisteten dabei Beratungsarbeit für künftige Unternehmer und Führungskräfte (53). Angesichts der in vielen Fällen ungelösten Eigentumsfragen bei Ost-Betrieben stand die ASU stets auf der Seite der früheren Eigentümer und begab sich damit in Opposition zur offiziellen Regierungspolitik, die der Treuhand die Möglichkeit gegeben hatte, beim Vorliegen eines „besonderen Investitionszwecks“ bei der Vergabe die Alteigentümer zu übergehen (54).

5. Über den Tellerrand – ASU und BJU auf europäischer Ebene

Carl Adolf Schleussner nahm in einem Beitrag in der F.A.Z. 1958 Stellung zur europäischen Integration. Er betonte, dass die Marktwirtschaft in keinem Falle auf dem „Altar der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ geopfert werden dürfe und warnte schon in diesem frühen Stadium vor der Gefahr einer überbordenden Bürokratie, die die unternehmerische Freiheit bedrohe (55).

Als notwendige Antwort auf den Bürokratismus empfahl Schleussner, auch die Kräfte des freien Unternehmertums international zu bündeln und erinnerte die Politik an ihre Pflicht, den Wettbe-

werb zu schützen und Klein- und Mittelbetrieben keine zusätzlichen Nachteile in der Gesetzgebung aufzubürden.

Anlässlich der Ratifizierungsdebatte zum Maastricht-Vertrag erinnerte die ASU mit ihrer Kritik am Vertragswerk an die frühen Forderungen Schleussners und bemängelte, der Vertrag entspreche nicht den Grundsätzen der Subsidiarität und des freien Wettbewerbs, er begünstige die Bürokratisierung. Die ASU warnte zudem vor einer Währungsunion ohne entsprechende politische Union und nahm damit die 2010 offen zutage tretenden Schwächen des Euro-Raums vorweg (56).

Folgerichtig war die Beteiligung von 24 Mitgliedern des Verbandes an der Verfassungsbeschwerde gegen den sogenannten „Euro-Rettungsschirm“ (57). Auch und vor allem das Vorgehen der Europäischen Zentralbank (EZB) geriet in der Folge immer stärker in den Fokus der Kritik der Familienunternehmer. Der Politik warf Verbandschef Patrick Adenauer vor, nicht etwa die finanziell angeschlagenen Länder umzuschulden und die privaten Gläubiger mit in die Haftung zu nehmen, sondern unter Vorspiegelung „alternativer“ Politik „unser aller Vermögen“ einigen wenigen Investoren zuschanden zu wollen (58).

Anlässlich der Brexit-Entscheidung 2016 legten die Familienunternehmer einen Sechs-Punkte-Plan für die Neuausrichtung und Reform der EU nach dem Ausscheiden Großbritanniens vor. Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs kommt den Unternehmern ein politischer Verbündeter abhanden. Die wirtschaftlich starken Nordeuropäer drohen, ähnlich wie in der EZB von der Mehrheit der Netto-Empfänger dominiert zu werden, daher seien neue Abstimmungsregeln vonnöten, Defizitverstöße seien hart zu bestrafen, der Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken ein Ende zu bereiten, die Bürokratie zu minimieren, die Kommission zu verkleinern und in Sachen Erweiterung eine Pause einzulegen (59).

Fazit

Rainer Kirchdörfer schrieb 2011 in seiner Definition zum deutschen „Familienunternehmen“ diesem unter anderem das Adjektiv „erfolgreich“ zu (60). Dieser Begriff ist genauso gut auf die Interessensarbeit von „Die Familienunternehmer e.V.“ und „Die Jungen Unternehmer“ übertragbar, und das nicht erst seit Anfang des 21. Jahrhunderts. Besonders hervorzuheben ist hierbei, dass beide Verbände über Jahrzehnte hinweg auf politischer sowie gesellschaftlicher Ebene stets angesehene und erhörte Sprachrohre liberaler Familien- und Eigen-

tümerunternehmer im Sinne der wettbewerbsorientierten und sozialen Marktwirtschaft geblieben sind (61). Nach wie vor engagieren sich die beiden Interessensverbände „Die Familienunternehmer e.V.“ und „Die Jungen Unternehmer“ in Deutschland, aber auch über die Landesgrenze hinaus, leidenschaftlich und hochmotiviert für liberale Werte kleinerer und mittlerer selbstständiger Familienunternehmer (62).

Anmerkungen / Quellen

1 Leserbrief. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.06.1955. Seite 9.

2 Petra Gessner: Politiker? Nein Danke! In: WIR. Das Magazin für Unternehmerfamilien, 12.06.2009. Seite 22-25.

3 O.A.: Forderungen aktuell wie damals. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.1989. Seite 54.

4 Hartmut Berghoff, Rainer Kirchdörfer: Von Lumpen zu Reichtümern. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 05.05.2019. Seite 23.

5 Inge Kloepfer: Reich werden mit den Familien. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14.07.2019. Seite 28.

6 Gerhard Mauerer: So entwickeln Familienunternehmen Innovationen. In: Automobilwoche, 23.10.2019. Online.

7 Inge Kloepfer: Reich werden mit den Familien. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14.07.2019. Seite 28.

8 Martin Greive: Gesucht: Unternehmer. In: Handelsblatt, 03.01.2019. Seite 7.

9 Dieter Fockenbrock: Familienunternehmen gehen fremd. In: Handelsblatt, 14.02.2011. S. 24.

10 Anja Müller: Gegen alle Widerstände. In: Handelsblatt, 03.06.2019. Seite 26.

11 Susanne Welsch: Deutschlands Wachstumsmotoren. In: Handelsblatt, 30.04.2019. Seite 24-25.

12 Carl Adolf Schlußner: Der freie Unternehmer in der freien Welt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.08.1959. Seite 13. O.A.: Forderungen aktuell wie damals. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.1989. Seite 54.

13 Daniel Fischer: Strategiefähigkeit und Kampagnenführung von Unternehmerverbänden, Wiesbaden 2012. Seite 79.

14 Philip Plickert: „Sinkende Unternehmenssteuern kommen dem Endverbraucher zugute“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.05.2007. Seite 14.

15 Eberhard Schwarz, Umweltmanagement gewürdigt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.03.1997. Seite 46.

16 Die Familienunternehmer: Wir sind die Wirtschaft!. 2017. S. 2 (https://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/ueber_uns/familienunternehmer)

nehmen_portraitbroschuere.pdf) [aufgerufen am 05.11.2019].

17 O.A.: Aktive Junge Unternehmer. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.10.1973. Seite 11. Hugo Müller-Vogg: Tarifabschlüsse werden vor allem von Großunternehmen bestimmt, 02.11.1983. Seite 14. Jochen Lumbeck: Zur Sache. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.05.1993. Seite 43.

18 Heike Göbel: Ostermann: Griechenlandhilfe unbedingt ablehnen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.2.2012. Seite 14.

19 O.A.: Auftakt zur Tanzsaison im Advent. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.1982. Seite 30.

20 Joachim Herr: Wider die Einsamkeit des Unternehmers. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 09.02.1992, Seite 7.

21 Die Jungen Unternehmer: Herkunft. Gegenwart. Zukunft. Über 65 Jahre die Stimme des jungen Unternehmertums, Berlin 2015. Seite 18 (https://www.junge-unternehmer.eu/fileadmin/junge-unternehmer/ueber_uns/Geschichte_des_Verbandes.pdf) [Aufgerufen am 06.11.2019].

22 Jürgen Jeske: Das Fähnlein der Aufrechten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.09.1999. Seite 17.

23 Peter Hort: Der Arbeitsmarkt muß ein Markt werden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.10.1985. Seite 14.

24 Carl Graf Hohenthal: ASU fordert Vertrauen in die Marktwirtschaft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.06.1991. Seite 19.

25 Heinz Stüwe: Unternehmer mahnen Reformen an. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.03.1995. Seite 12.

26 Carl Graf Hohenthal: Selbständige Unternehmer: Arbeit ist genug da. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.04.1997. Seite 15.

27 Arnd Hildebrandt: Gegen voreilige Finanzreform, für stärkere Steuersenkung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.05.1954. Seite 7.

28 Siegfried Diehl: Neue Steuervorschläge. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.02.1953. Seite 9.

29 O.A.: Ein Mißgriff. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.11.1954. Seite 1. Die Reaktion auf den Leitartikel: Hans Hermann Götz: Die Unternehmer verteidigen sich. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.11.1954. Seite 3.

30 Walter Kannengießer: Die Unzufriedenheit der Unternehmer wächst. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.05.1985. Seite 13.

31 Philip Plickert: „Sinkende Unternehmenssteuern kommen dem Endverbraucher zugute“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.05.2007. Seite 14.

32 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.07.1984, Seite 4: Preisverleihung des BJU an Thatcher.

33 Peter Hort: Sogar die Bundesdruckerei wäre zu privatisieren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.1983. Seite 13.

34 Klaus Broichhausen: Privatisierung des ZDF gefordert. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.1.1986. Seite 4.

35 Lothar Julitz: Unternehmer fordern Privatisierung der Post. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.09.1987. Seite 15.

36 Helmut Bündler: „Wir brauchen wieder eine positive Grundstimmung für das Neue“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.04.2005. Seite 12.

37 Arnd Hildebrandt: Scharfe Kritik an der Sozialreform. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.05.1955. Seite 7.

38 O.A.: Grundrente für alle. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.10.1956. Seite 13. Wolfgang Kellner: „Renten liberaler, besser, billiger...“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.12.1956. Seite 5.

39 Thomas Sigmund: „Uns gehen 200 000 Arbeitskräfte verloren“. In: Handelsblatt, 21.05.2014. Seite 8.

40 Carl Graf Hohenthal: ASU: Die soziale Sicherung auf Eigenvorsorge umstellen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.1997. Seite 15.

41 O.A.: Für private Initiative im Umweltschutz. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.10.1988. Seite 41.

42 Klaus Günther: Nicht im Schweigekartell der Ingenieure. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.08.1989. Seite 14.

43 Peter Poppe: Chefsache Umweltschutz. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.04.1991. Seite 17. Carl Graf Hohenthal: Unternehmer fordern ökologisches Wirtschaften. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.08.1993. Seite 15.

44 Horst Dohm: Schüler im Chefsessel legen einige Ururteile ab. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.09.1988. Seite 14.

45 O.A.: Hamburger Schüler im Chefsessel. In: Die Welt, 05.05.2004. Seite 33.

46 Renate Hirsch: Für einen Tag im Chefsessel Platz nehmen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.01.2000. Seite 65.

47 Jürgen Hoffmann: Die jungen Unternehmer. In: Die Welt, 18.02.2011. Seite WR13.

48 Jan Hauser: Jungunternehmer warnen vor digitaler Blockade. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.10.2015. Seite 22.

49 O.A.: Vorbereitung der Wiedervereinigung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.05.1952. Seite 13.

50 Arnd Hildebrandt: Aktivierung des Osthandels gefordert. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.07.1953. Seite 3.

51 O.A.: Kunden von morgen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.10.1958. Seite 17.

52 Fritz Ulrich Fack: Den Osthandel abbrechen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.08.1961. Seite 1.

53 Klaus Broichhausen: Selbständige Unternehmer helfen der DDR schon jetzt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.02.1990. Seite 19.

54 Walter Kannengießer: ASU warnt vor einer zweiten Entzweiung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.03.1991. Seite 17.

55 Carl Adolf Schleussner: Der freie Unternehmer in der freien Welt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.08.1959. Seite 13.

56 Walter Kannengießer: Selbständige Unternehmer sehen Schwächen im Maastrichter Vertrag. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.12.1992. Seite 19.

57 Joachim Jahn: Familienunternehmer klagen gegen Euro-Rettung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.08.2010. Seite 11.

58 Philipp Plickert: Familienunternehmer kritisieren Euro-Politik. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.02.2011. Seite 13.

59 Henrike Roßbach: Sechs Punkte für EU nach Brexit. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.07.2016. Seite 17.

60 Rainer Kirchdörfer: Familienunternehmen. In: Zeitschrift für Familienunternehmen und Strategie (2/2011), Seite 32. Online.

61 Anja Müller: Stiller Diplomat. In: Handelsblatt, 19.05.2017. Seite 68. Donata Riedel: Die Entfremdung. In: Handelsblatt, 21.09.2015. Seite 6. Gerd Maas: Denkt weiter! In: Die Zeit, 17.02.2011. Seite 37.

62 Elisabeth Dostert: „Das ist ein Riesenskandal“. In: Süddeutsche Zeitung, 02.04.2014. Seite 23.